



Haushalts- und Finanzausschuss

90. Sitzung (öffentlich)

12. März 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Aktuelle Situation bei der WestLB AG	6
Bericht des Finanzministers	
– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	6
– Aussprache	8

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8650

In Verbindung mit:

Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8644

Erster Beratungsdurchgang

3 Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen 32

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7792

Ausschussprotokoll 14/822

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/7792** unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatterin: Angela Freimuth (FDP)

4 Es brennt bei der Feuerwehr! Kostendämpfungspauschale sozial gestalten! 34

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8082 – Neudruck

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag Drucksache 14/8082 – Neudruck** – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD **ab**.

5 Vergleichbare Kommunen in Ost und West gleich behandeln: Sonderzuweisungen und Altschuldenhilfe für strukturschwache NRW-Kommunen ermöglichen, kommunale Belastung für Einheitslasten zurückführen **36**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7348

Ausschussprotokoll 14/809

Der **Antrag** von Ewald Groth (GRÜNE), **auf ein Votum** zu dem Antrag Drucksache 14/7348 **zu verzichten**, wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **abgelehnt**.

Sodann **lehnt** der Ausschuss den vom Abgeordneten Ewald Groth (GRÜNE) zur Abstimmung gestellten **ersten Teil des Abschnitts VIII des Antrages Drucksache 14/7348 bis zum Ende des Punktes a)** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **ab**.

Anschließend wird die **Gesamtfassung des Antrages Drucksache 14/7348** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **abgelehnt**.

6 Ehrenamtliches Engagement für Bildungseinrichtungen fördern und steuerlich honorieren **40**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7667

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, zu dem Antrag **kein Votum abzugeben**.

7 Keine Hilfen für Banken ohne einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte **41**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7680

Ausschussprotokoll 14/820

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den **Antrag Drucksache 14/7680 abzulehnen.**

8 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 **42**

Vorlage 14/2448

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, die in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen.**

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

9 Aktueller Sach- und Verfahrensstand der Beratungen zur Föderalismusreform II **43**

Bericht des Finanzministers

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) gibt seinen Bericht zu Protokoll (*siehe **Anlage***)

10 Beteiligungsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2007 **44**

Vorlage 14/2437

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8650

In Verbindung mit:

Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8644

Erster Beratungsdurchgang

Vorsitzende Anke Brunn führt aus, beide Gesetzentwürfe seien am 4. März 2009 federführend an den HFA und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden. Beim Zukunftsinvestitionsgesetz seien zusätzlich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie mitberatend.

Der HFA habe in seiner letzten Sitzung am 4. März bereits einen Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen gefasst, die am 17. März um 15 Uhr stattfinden werde.

Für heute sei der erste Beratungsdurchgang vorgesehen.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) stellt fest, im Nachtragshaushaltsgesetzentwurf sei ein Verstärkungsbetrag von 100 Millionen € für Risiken aus dem Tarif- und Besoldungsabschluss 2009 vorgesehen. In der Sitzung des Unterausschusses „Personal“ am Dienstag sei deutlich geworden, dass es Streit gebe, was die 1:1-Umsetzung des Tarifabschlusses auf die Beamten konkret heiße. Er wüsste gern, wie die Landesregierung beabsichtige, die Umsetzung zu realisieren, und was das im Einzelnen für den Haushalt 2009 bedeute.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) führt aus, in den Tarifverhandlungen sei bekanntlich vereinbart worden, dass die Tarife zum 1. März 2009 um 3 % und zum 1. März 2010 noch einmal um 1,2 % erhöht würden und dass zusätzlich ein Sockelbetrag von 40 € gezahlt werde. Gleichzeitig sei der Paragraph über die leistungsorientierte Bezahlung ersatzlos gestrichen worden, was 20 € pro Monat ausmache, sodass für die Tarifbeschäftigten letztlich nur 20 € zusätzlich konzidiert worden seien. Dieses Ergebnis werde 1:1, und zwar zeit- und inhaltsgleich, auf die Beamten übertragen, womit alle gegebenen Zusagen erfüllt würden.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) bemerkt, die Beamtinnen und Beamten seien aufgrund der vorherigen Ankündigungen davon ausgegangen, dass die Tarifierhöhungen ohne die Kürzung um 20 € übernommen werde. Er möchte vom Finanzminister erstens wissen, wie er den Beamtinnen und Beamten dies vor dem Hintergrund der Einschnitte, die sie in den letzten Jahren erfahren hätten, erklären wolle.

Zweitens hätte er gerne Auskunft, ob das Tarifergebnis auch so auf die Versorgungsempfänger übertragen werde.

Drittens interessiere ihn, wie der Finanzminister die Position des Innenministers bewerte, der ja die leistungsorientierte Bezahlung für die Kommunalbeamten einführen möchte.

Ewald Groth (GRÜNE) stellt fest, die Polizeigewerkschaft wie auch der Deutsche Beamtenbund hätten geäußert, dass sie die von der Landesregierung beabsichtigte Besoldungserhöhung nicht als 1:1-Umsetzung des Tarifergebnisses ansähen. Die Fraktion der Grünen schließe sich dieser Auffassung an.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) entgegnet Herrn Trampe-Brinkmann, es würden gerade keine Einschnitte vorgenommen; vielmehr werde das Tarifergebnis 1:1 umgesetzt. Aufgrund des Wegfalls der leistungsorientierten Bezahlung verblieben noch 20 €, und diese erhielten die Beamten ebenfalls.

Für die Versorgungsempfänger gelte selbstverständlich dasselbe.

Dieser Abschluss koste das Land im Jahre 2009 617 Millionen € und im Jahre 2010 939 Millionen €. Mit der Erhöhung des Verstärkungsansatzes um 100 Millionen € sei eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Ewald Groth (GRÜNE) meint demgegenüber, diese Art der Umsetzung des Tarifergebnisses auf die Beamten sei ein weiteres gebrochenes Versprechen dieser Landesregierung, nachdem sie den Beamtinnen und Beamten die letzte Besoldungserhöhung ein halbes Jahr vorenthalten habe und das Versprechen, die seinerzeit von Rot-Grün vorgenommenen Kürzungen zurückzunehmen, auch nicht gehalten habe.

Zum Zukunftsinvestitionsgesetz wüsste er gern, warum es nicht gelungen sei, durchzusetzen, dass Investitionen auch in den Sportbereich fließen könnten, und was die Landesregierung unternommen habe, um das zu erreichen. Die Kommunen hätten ja ein großes Interesse daran, auch über solche Infrastrukturinvestitionen Arbeitsplätze zu sichern.

Volkmar Klein (CDU) weist die Aussage von Herrn Groth, hier handele es sich um ein gebrochenes Versprechen, zurück. Wenn die Gewerkschaften sagten, ein höheres Ergebnis wäre besser, sei das in Ordnung. Die Landtagsabgeordneten müssten aber erkennen, dass die Zusage, den Tarifabschluss 1:1 übernehmen, genau eingehalten worden sei. Das gelte sowohl für die prozentualen Erhöhungen wie auch für den Sockelbetrag, der netto 20 € ausmache. Etwas anderes zu behaupten, sei grober Unfug.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) bittet Herrn Groth, nicht mehr zu behaupten, dass der Tarifabschluss nicht inhaltsgleich umgesetzt werde. Herr Groth sei dann ja auch auf die Entwicklung der Beamtenbesoldung in den letzten Jahren ausgewichen. Er, Linssen, könnte genauso gut darauf verweisen, dass Rot-Grün schon in den Jahren zuvor den Beamtinnen und Beamten Einsparungen auferlegt habe.

Im Übrigen habe er nichts gegen einen Vergleich mit anderen Bundesländern. Rheinland-Pfalz gebe zwar den Beamtinnen und Beamten den Sockelbetrag von 40 €; dort sei aber im vorigen Jahr auch nur eine Besoldungserhöhung um 0,5 % gewährt worden. Alleine Bayern habe schon im Herbst 2007 den Beamtinnen und Beamten 3 % mehr gegeben, aber dort sei auch Landtagswahl gewesen.

Was Investitionen in den Sportbereich angehe, sei zu berücksichtigen, dass der Bund seine Mittel nur nach Artikel 104b des Grundgesetzes gewähren könne. Deshalb könne er sich zwar für den Sport einsetzen – entscheidend sei jedoch, ob das mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei. In der abschließenden Sitzung der Föderalismuskommission habe man sich auf eine Formulierung zur Änderung des Artikels 104b des Grundgesetzes geeinigt, weil man sehe, zu welchen Problemen es führe, wenn der Bund in einer solchen Finanzmarktkrise wie jetzt etwa für den Bereich der energetischen Erneuerung Investitionsmittel bereitstelle.

Im Übrigen dürfe er darauf hinweisen, dass der Innenminister eine Liste von Fragen beantworten werde, die die Kommunen zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes gestellt hätten. Diese Beantwortung werde vermutlich morgen, am 13. März, im Internet abrufbar sein.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) weist die Bemerkung von Herrn Klein, etwas anderes zu behaupten, sei grober Unfug, zurück. Bisher habe er gemeint, dass das Wort des Ministerpräsidenten und des Finanzministers noch etwas gelte. Wenn es in einer Presseerklärung von ver.di heiße, dass es Tricksen, Tarnen und Täuschen sei, wenn jetzt nicht mehr von inhaltsgleicher, sondern von wirkungsgleicher Übertragung des Tarifergebnisses geredet werde, könne er das ein Stück weit nachvollziehen. Im Übrigen gebe es nicht nur in Rheinland-Pfalz eine 1:1-Umsetzung auch beim Sockelbetrag, sondern nach seinen Informationen auch in den Ländern Baden-Württemberg, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Er bitte noch zu erläutern, wie der Differenzbetrag zwischen den 617 Millionen €, die das Land 2009 für die Besoldungserhöhungen brauche, und den im Nachtragshaushalt bereitgestellten 100 Millionen € im Haushalt 2009 dargestellt werde.

Ewald Groth (GRÜNE) fragt, ob die Landesregierung bereit sei, Investitionen in die Sportinfrastruktur unter „Sonstige Investitionen“ zu subsumieren, um auf diesem Weg eine Verausgabung der Mittel für diesen Zweck zu dulden.

Es liege nicht im Ermessen der Landesregierung, das zu beurteilen, antwortet **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)**. Selbstverständlich seien die Kommunen gehalten, Ar-

tikel 104b des Grundgesetzes zu beachten. Die Landesregierung werde alles möglich machen, was mit Recht und Gesetz zu vereinbaren sei.

Auf die Frage von Herrn Trampe-Brinkmann erläutert der Minister, in den Personal-etats der Ressorts sei bereits dezentral Vorsorge für die Besoldungserhöhung getroffen worden, sodass die erforderlichen 617 Millionen € gegenfinanziert seien.

Was die ver.di-Kritik angehe, dürfe er darauf hinweisen, dass Herr Bsirske bei der Bekanntgabe des Tarifergebnisses vergessen habe, auf die einprozentige Kürzung infolge des Wegfalls der leistungsorientierten Bezahlung hinzuweisen. Dadurch seien manche Irritationen aufgekommen.